

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung:
Graz, Elisabethgasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis
19 Uhr. Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Simeongasse Nr. 24.
Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5-10 Uhr abends Caféhaus
Rimrichter, IX., Bazarergasse 12. — Eingelagerte Artikel müssen mit
Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Februar 1929
Nr. 9 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postaufschlag wird
jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenerlauf mit
15 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postaufschlag beträgt
S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühren für Deutschland Mk. 20.
Die Bezugspreise sind im vorstehenden zu entnehmen. — Postkasten-
konto Nr. 69371.

Die Wucherer an der Arbeit!

Großhändler — Kettenhändler — Spekulanten wästen sich
auf Kosten der notleidenden Masse!

Die abnormalen Witterungsverhältnisse dieses
Winters haben die Wucherer und Spekulanten auf
den Plan gerufen. Die kurzen Störungen im Ver-
kehrswesen werden zur Plünderung des arbeitenden
Volkes ausgenützt.

Die eingelagerten Lebensmittel werden
zurückgehalten und so die Preise künstlich
hochgetrieben.

Die Zufuhren bleiben aus — sagen die Spe-
kulanten, die Händler, die Schieber! Tatsache ist
aber, daß die meisten Lebensmittel schon vor Mo-
naten auf Vorrat eingelagert wurden. Das ist z. B.
bei den Kartoffeln der Fall, welche man lange vor
der Frostperiode einkaufte.

Der Preis der Kartoffeln stieg in we-
nigen Tagen um 20 bis 30 Prozent. Die
Kartoffelhändler haben schöne Zeiten; in
diesem Winter wird mancher von ihnen zu
einem Riesenerwüchsen kommen!

Mit den Eiern wird derselbe Wucher getrieben!
Die Großhändler haben ihren gesamten Winter-
bedarf vor Einsetzen der Frostperiode eingelagert
und die Preise wurden trotzdem um 30 bis 45 Proz.
erhöht. Diese Plünderung wird noch bei einer Reihe
anderer Lebensmittel verübt und ganz besonders
beim Brennmaterial.

Es kostete u. a.:	Mitte Jänner	Mitte Februar
1 Kilogramm Kartoffel	20 g	26-28 g
1 „ „ Rohh	60	80-90
1 „ „ Weißkraut	50	80-90
1 Liter Milch	45	50
1 Ei	20	30-34
100 Kilogramm Brauereibrot	6.-	6.80
100 „ „ Biersteiner	6.40	7.-
100 „ „ Glanzkohle	9.-	10.-
1 Meter hartes Holz	6.-	7.-

Die Parole der Lebensmittelwucherer ist: Zahl
oder kriepert, die der Brennstoffwucherer: Zahl
oder erstickt!

Die Gemeinde samt ihrer Marktpolizei steht
dieser Plünderung der Arbeiter mit verschränkten
Armen zu. Hat man den Ritschenrammel schon
vergessen?

Die Bürgerlichen und das Kleinbürgertum der
S. P. werden sich bei den kommenden Wahlen
wieder als Vertreter des Gemeinwohls deklarieren.
Die Kommun. Opposition wird diese Heuchler, die
jetzt ruhig zusehen, wie das arbeitende Volk von
Wucherern und Spekulanten rücksichtslos ausgeraubt
wird, entlarven.

Wir verlangen, daß der Vertrieb der
wichtigsten Lebensmittel, wie Kartoffel,
Fleisch, Brot und Mehl, Eier, Milch und
Brennstoff von der Gemeinde übernommen
und diese Waren zum Selbstkostenpreise ab-
gegeben werden. Eine Marktkontrolle aus
Konsumenten ist zu bilden, die den Wucherern
das Handwerk legt.

Die S. P. wird diesen notwendigen Maßnahmen
ausweichen, abwar sie einmal in ihrem Programm
standen. Der Bürgerblut wird alle Hebel in Be-
wegung setzen, damit der Wucher und die Spekula-
tion nicht gehindert wird. Um so mehr Ursache habt
Ihr, Proletarier, Euch hinter die kommunistische
Opposition zu stellen, die den Kampf gegen diese
Zustände führt.

Infame Provokation der Faschisten. Verbrecherische Politik der S. P.

Kammerpräsident Nuchitsch erlaubt den Faschisten die Abhaltung einer Versammlung in der Grazer Arbeiter-
kammer. — D. S. W. Mitglieder wollen mit Heimwehren in die Kammer. Arbeiterjugend und oppositionelle
Kommunisten jagen die Faschisten davon.

Mittwoch, den 20. Februar 1929, tauchte das
Gericht auf, die Faschisten wollen in der Arbeiter-
kammer, neben dem sozialdemokratischen Parteihaus,
eine Versammlung abhalten. Niemand wollte das
glauben. Kein Arbeiter hielt das für möglich.

Kammerpräsident Nuchitsch hatte der Jugend-
sektion des deutschen Handelsangestelltenverbandes,
der aus lauter Heimwehfaschisten besteht, die Er-
laubnis zu einer Versammlung in der Arbeiterkammer
gegeben. Arbeitern geh'n auch die Augen auf,
wer den Faschismus fördert?

Um 7 Uhr abends tauchten wirklich in der Um-
gebung der Arbeiterkammer Faschisten in Heimweh-
uniform auf, die in die Arbeiterkammer wollten.
Gegen 20, die ohne Heimwehplüde kamen, konnten

jogar in die Arbeiterkammer kommen. Die in Heim-
wehuniform erschienen, wurden von Proletarier-
käufern empfangen und heimgeschickt. Die in die
Kammer eingedrungenen Faschisten können es nur der
S. P. verdanken, die die Faschistenversammlung den
Arbeitern verschwiegen hat, daß sie die verdiente
Antwort nur sehr unzureichend bekommen haben.
Die versammelten Arbeiter wollten das Kammerge-
bäude stürmen, um die eingedrungenen Faschisten zu
vertreiben. S. P. Funktionären gelang es wieder, die
Arbeiter vom richtigen Weg abzuhalten. Mit Hilfe
einer starken Polizeiabteilung konnten sich die ein-
gedrungenen Faschisten gegen halb 9 Uhr abends aus
der Kammer retten.

Nieder mit dem Faschismus!

Die Kälte ist unerträglich geworden. Sprunghaft
schnellen die Preise in die Höhe. Betriebsplünderungen
jagen einander. Die Arbeitslosigkeit hat alles bisher
Dagewesene übertraffen. **Waffenraub, Waffen-
frieren, Waffenhuwezer.** — Ja, es sind wahr-
haftig die ungeheuren Massen des Volkes, die in den
Lämpeln des Glends vegetieren, die durch die Natur-
katastrophe das Katastrophale ihrer sozialen Lage
verzehnfacht zum Bewußtsein bekommen.

Da hat der Minister Reich kürzlich eine Statistik
veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß in unserer
Land mit 6 1/2 Millionen Einwohnern 1.350.000 als
Lohnempfänger im Betrieb und im Büro beschäftigt
sind. Mit ihren Familien sind das, nach Reich,
4 Millionen Menschen. Dazu kommen noch mehr
als 400.000 Arbeitslose, mit ihren Familien mehr
als eine Million. Und wer das Glend im Alpen-
dorf, die Not der niederösterreichischen und burgen-
ländischen Kleinbauern kennt, der weiß, das weit
mehr als die Hälfte unserer Bauern im Dorf
ein proletarisches, oft ein unterproletarisches Leben
fristet. Wieviele Hunderttausende sind es, die, prozig
in ihrem Reichtum, brutal in ihrer Macht, schranken-
los in ihrem Abergut, der Not und dem Glend der
Millionennasse des Volkes höhnisch gegenüber stehen?
Je kleiner die Zahl der herrschenden Klasse
ist, je ungeheurer der Gegensatz zwischen
ihrem Reichtum und der Not der Volk-
massen, desto geringer die Aussicht der herr-
schenden Klasse, mit demokratischen Mitteln
die Massen zügeln zu können. Darum —
der Übergang zur Gewalt, zum Faschismus.
Sie sind nicht ungeachtet, die Herren, die die Massen
niederknüppeln wollen. Schneidender Frost herrscht
auf den Straßen. Da läßt der Kriegsmilitar seine
Armee mit Bajonett und Gulaschkanonen an-
rücken und bietet den Massen der Hungernden
und Frierenden in Wien und Graz Tee und Brot
gratis an. Hunderttausend sind täglich seine Gäste.
Hunderttausend wärmt ein Schluck warmes Wasser
den Magen, macht sie zutraulicher der bewaffneten
Macht des Staates gegenüber. Im Zeichen der
Gulaschkanone soll sich eine Verbrüderung vollziehen,
nicht der Soldaten mit dem Volk, sondern der Volks-
massen mit der bewaffneten Staatsgewalt. Und wäh-
rend die zutraulichen, ach so friedfertigen Arbeitslosen
ihre Seelein schlürfen, besetzt inzwischen Herr Schöber
das Parteihaus der Sozialdemokratie, entwarfnet es,
löst den Arbeiterjugendverein auf, erziehen in der
Polizeidirektion die Vertreter der Heimwehren und
melden einen bewaffneten Aufmarsch durch die Ar-
beiterorientiert Weidlings für den 24. Februar an.
Vorwärts Ihr den Zusammenhang? Während Laugoin
vertraulich bei ausgepflanzten Bajonett, den Tee an-
bieten läßt, legen Schöber, Steidle, Piciermer um
der Arbeiterklasse den Strick um den Hals. Und der
die Rollen teilt, der geschickte Staatsmann der Konte-
revolution, Herr Seipel, führt auf österreichischen
Böden das durch, was sein Herr und Gebieter, Dr.

Papst, forben in Rom feierlich beschloffen hat: das Kampfbündnis von Faschismus und Nationalismus als Kapitalbedeute gegen das Proletariat.

Die Kleinbürgerlichen Führer des Proletariats, die Patentdemokraten vom Schlage Bauer, Renner, Erz sind enttäuscht. So was war noch nicht da! Das Parteibüro befiehlt die Massen beschlagnahmen, Vereine auflösen — unerträglich! Die Aufregung dieser Revolutionen ist echt. So haben sie sich die Enttäuschung ablich nicht vorzuehnen. Da haben sie 1918-19 zur Bildung von Massenverbänden aufgerufen (Kommunisten), da haben sie Waffen vor der Revolution, da haben sie die „Männer der Ordnung“ verkauft, da haben sie am 15. Juni 1919 in einem Mass die revolutionären Arbeiter mobilisiert und das „ja“ der Diktatur? Und dafür, daß sie die Nationalisten ausbeuteten, ist das der Diktatur? Am 15. Juni 1919 erging es ausschließlich gegen uns Kommunisten. Am 15. Juni 1927 erging es gegen die Arbeiterklasse direkt, ohne Unterschied der Partei. Das erstmal gab die SP das Stichwort, das zweitesmal hat sie ruhig zu. Und jetzt — jetzt ist sie empört, wenn der mächtig genordnete Bourgeois-Staat ihr den Fußtritt gibt, weil er jetzt bessere Knechte hat, als die Bauern, Renner's und Jhrergleichen. Obwohl die Aufregung unserer Patentdemokraten ist echt und tief, es ergeht ihr so, wie den meisten Kaitrassen. Man heiratet sie nicht, man läßt sie sitzen.

Aber kann die „Sitzengeliebene“ SP vom Vorkriegsstand der Nationalpolitik, vom Sündenpfehl der Klassenverräterung sich noch einmal aufrufen zum Kampf. Kann die sitzengeliebene Matresse von Wien zu einer Janastau von Ordeas werden? „Laßt alle Hoffnung draußen, ihr, die ihr eintretet“; diese Worte, die der Dichter Dante auf den Pforten der Hölle sah sie hat die Gewehr seit 1918 auch auf die Pforten der Wiener geschrieben. Niemals wird die ehemalige Arbeiterpartei, die längst zu einer liberalen Volkspartei geworden ist, den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen, denn nie wird sie aufhören, an der Festung der Wirtschaft mitzuarbeiten; wie soll sich der Kaiser, der seit 20 Jahren die Birne seines Fürsten trägt, die Profamen seines Lisches aufstelt, so stellen, daß es ein Leben ohne Fürsten und Kaiser geben kann?

Den Faschismus bekämpfen, heißt nicht allein Herrn Stedie belächeln. Den Faschismus bekämpfen, das heißt mit unerschütterlichem Faß und nie erlahmender Zähigkeit den Kapitalismus, die Bourgeoisie bekämpfen, deren Knecht, deren Genferne sie der Faschismus ist. Wieder mit dem Faschismus — das heißt wieder mit einer Gesellschaftsordnung, deren letzte Weisheit der Faschismus ist.

Warum schon die Polizei einen Schwerverbrecher, wenn dieser bei der Heimwehr ist?

Ein gewisser Rittmeister Bödler wurde von der Polizei als Verbrecher gesucht. Als die Grazer Polizeidirektion Kenntnis bekam, daß Bödler bei der Heimwehr ist, fragt sich die Grazer Polizeidirektion beim Heimwehrkommandanten Nagoschnig über die Person Bödler's an.

Die Polizei dieser Anfrage war, daß Heimwehrkommandant Nagoschnig dem Herrn Rittmeister Bödler mitteilte, daß er von der Polizei gesucht wird, worauf Bödler, rechtlich gewarnt, flüchtete. Die Sozialdemokraten freuten diesbezüglich den Landeshauptmann Richter, was er zu dieser Lumperei sagt. Richter: „Ich werde in der nächsten Sitzung antworten.“

Die 2. Kohlenausgabe

für die Grazer Arbeiterorganisation heißt uns wir erfahren haben, Dienstag den 26. Feb war 1929. Die Kohle wurde an 12 Stellen ausgeben. Die Ausgabestelle sind auf der Karte angegeben sein.

Trotsky kommt wahrscheinlich nach Deutschland.

Genosse Trotsky hat aus Konstantinopel ein Telegramm an den deutschen Reichstagspräsidenten Brüder gesendet und bei der deutschen Regierung um eine Aufenthaltserlaubnis angebracht. Für die Sammlung der internationalen, revolutionären Arbeiterklasse auf dem Boden des Kommunismus wird die

Anwesenheit des großen Revolutionärs im Herzen von Europa von ganz entscheidender Bedeutung sein. Trotsky in Deutschland — das wird für uns der Anstoß zur Zusammenfassung aller wirklichen Kommunisten sein, zur Organisierung der Kominternlinien.

Wird nicht ernst genommen.

Die Sozialdemokraten haben im Parlament beantragt, allen aufgesteuerten Arbeitslosen während der Krise und Lebensunterstützung wieder in Arbeitslosenunterstützung zu geben und die Arbeitslosen allgemein und kostenlos mit Rohstoffe zu versorgen. Die Mittel sollen aus dem reichen Bundeshaushalt genommen werden.

Abgesehen, daß dieser Antrag viel zu spät kommt, wissen die Arbeitslosen, daß die Bürgerlichen einer Notstandsaktion für die Arbeitslosen nicht zustimmen und die S.P.-Führer sind als Kleinbürger zu feig die Arbeitslosen aufzurufen, damit die Bürgerlichen gezwungen werden, die beantragte Notstandsaktion zu bewilligen.

Die Antwort!

Bundesminister für soziale Fürsorge Reich: „Ich befreite die Not und das Elend bei den Arbeitslosen nicht, es ist aber nicht Sache des Bundes, für die Arbeitslosen Notstandsaktionen durchzuführen.“ Die Bürgerlichen Klotzger bei dieser Erklärung zum Beifall.

Die Arbeiter, die Opfer der Naturkatastrophe.

Der Betrieb am Erzberg war eingestellt, 2500 Arbeiter wurden davon betroffen. In Donawitz wurden vier Martinöfen stillgelegt. In Groz wurde der Betrieb der Stahlfabrik eingestellt.

Bier nach dem Tramwaystreik entlassene Bedienstete klagen die Tramwaygesellschaft.

Die vier Tramwaybediensteten Majin, Ormig, Ullay und Fiedmann klagen die Tramwaygesellschaft wegen willkürlicher Entlassung und Beraubung ihrer Pensionsrechte nach dem Streik.

Am 18. Februar fand die Verhandlung unter dem Vorsitz des OGH. Jeleb statt. Der Klagevertreter Dr. Schloffer begründete die Willkürlichkeit der Entlassungen und verwies darauf, daß nach § 20 des Pensionsstatuts ein Bediensteter nur dann der erworbenen Pensionsrechte durch Entlassung verlustig erklärt werden kann, wenn die Disziplinar-Kommission, die alljährlich von den Bediensteten gewählt wird, in der ein Unternehmervertreter und sechs Vertreter der Bediensteten sitzen, entscheidet, daß sich ein Angehöriger eines Verbrechens schuldig gemacht hat.

Der Büttel der Unternehmer, Industriellensekretär Höhn

entgegnete: „Die Grazer Tramwaygesellschaft ist ja kein Gewerbetreibendes, das durch eine Disziplinar-Kommission Arbeiterentlassungen und Pensionsentziehungen verhindern werden können. Die Arbeiter haben den Streik verloren und nun müssen sie die Folgen tragen. Hätten sie den Streik gewonnen, dann hätten sie den Vorteil und das Unternehmen den Nachteil.“

Von allentem Hass gegen Arbeiter erfüllt, die um ihre Rechte kämpfen, setzten sich die Frohnvögel der Ausbeuter, Höhn und Dr. Schloffer, der Wiederaufnahme des Tramwaybediensteten Majin entgegen, bei dem die Entlassung am willkürlichen zugabe trat, da er während des Streiks auf Urlaub gewesen war.

Reformisten wollen eine gelbe Gewerkschaft gründen.

Die Führer der freien Gewerkschaft der Bundesangestellten für eine „apolitische“ Einheitsorganisation mit den Gelben.

Eine ungeheuerliche Tatsache wird jeeben bekannt. Der Bundesvorstand des „Bundes der öffentlichen Angestellten Österreichs“ versendete am 12. d. letzten 4 Situationsberichte an die Funktionäre, in dem es wörtlich heißt:

„Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß nunmehr auch der Reichsverband sich auf den Boden der Einheitsorganisation stellt, ein Standpunkt, den wir seit jeher eingenommen haben und für dessen Verwirklichung wir immer eingetreten sind.“

Was das für ein „Einheitsverband“ sein soll, darüber handelt es in dem Vorschlag des Reichsverbandes, der auf sogenannter unpolitischer Grundlage erarbeitet werden soll, also eine Gewerkschaft, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

Dieser Vorstoß der Reformisten bei den Bundesangestellten ist nur ein Auftakt zur Liquidierung des klassenkämpferischen Charakters der ganzen Gewerkschaftsbewegung. Auf diese Weise wollen sie, durch offiziellen Verzicht auf das Streikrecht, die Gewerkschaften aus Organen des Klassenkampfes zu Organen des bürgerlichen Staates machen.

„Majin hat die Streikversammlungen besucht, Majin hat in den Streikversammlungen gesprochen und Majin ist Streikposten gestanden — das Unternehmen nimmt ihn nicht mehr auf.“

Oberwerkmeister Wamelsul Sauter, ein ausgepresster Antreiber, der als Zeuge geladen war, hat selbstverständlich seine Aussagen zu Ungunsten der Bediensteten gemacht. Dafür wird ihm die Gesellschaft wohl belohnen.

Das Gericht als Klasseninstitution der Besitzenden gegen die Besitzlosen hat nur im Falle Majin die Gesellschaft zur Zahlung von 1310 S und Wiederaufnahme verurteilt, in den anderen drei Fällen hat man als Abweisungsgrund des Klagebegründens den Umstand angeführt, daß die Disziplinar-Kommission während des Streiks nicht tagen konnte. Diese Begründung ist sehr faul.

Arbeiter! Ihr habt wieder gesehen, daß die Justiz, das Gericht den Reichen dient! Für den Sturz dieser Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung des Räte Systems (Sowjet) müssen wir kämpfen und dann werden wir den Spieß umkehren und uns die Justiz gegen die Bourgeoisie dienstbar machen.

An die S. P. noch eine Frage: Der Tramwaystreik wurde durch den Leichtsinn eines Polier, durch die laue Kampfweise und durch das Fehlen von Solidaritätsaktionen abgewirtschaftet. In Wien hat die S. P. die Mehrheit, in Graz stärksten Einfluß in der Gemeinde: Avio hat man von den 140 Opfern des Streiks 5 oder 6 Bediensteten wieder Arbeit verschafft?

Aber Propheten, Hanswürste und die Firma Adler u. Dan.

(Fortsetzung.)

Dat Friedrich Adler den Versuch unternommen, dem leberdigen Leninismus Offerte im Menschewismus zu unterbreiten, kloppte er pönnlichst dem toten Lenin auf die Schulter, so rübt Theodor Dan, der Führer der russischen Menschewiki, um einen Schritt weiter. In einem Artikel, diesfalsend betitelt: „Wandlungen des Trozkyismus (zurück zur Sozialdemokratie)“ erschienen am 1. Februar im „Arbeiterwille“ (Graz), stellt Theodor Dan nicht mehr und nicht weniger fest: „Mag aber sein persönliches Schicksal (Trozky's, Ann. d. Red.) sein wie es will, den kommunistischen Arbeitern ruft er durch seine Analyse und Lösungen schon zu: „Zurück zur Sozialdemokratie!“. Also — Trozky ist ein Menschewik! Eine famose Wronschast, der Marxismus à la Adler u. Dan. Adler stellt sich, daß Trozky's „historischer Irrtum“ das strenge Festhalten an der Theorie von der Weltrevolution, an der Diktatur des Proletariates ist und da er diesen „Fehler“ mit Lenin teilt, beichnigt ihm Adler, daß er „ein wahrer Leninist“ ist. Dan dagegen „beweist“, daß Trozky ein Menschewik ist. Wir müssen es der Firma Adler u. Dan überlassen, bei der nächsten Generalversammlung zu entscheiden, wer recht hat in der Bewertung des historischen Sinns der Trozky-Opposition: Generaldirektor Adler oder Filialleiter Dan. Wie kommt aber Herr Dan zu seiner köstlichen Feststellung? Es mag sein, daß ihr einziger Zweck ein paar Renegaten vom Schlage Bertels und Kengler finden. Aber wie begründet Herr Dan seine Animier-Theorie?

Ihm hat es das Aktionsprogramm Trozky's in seinem Oktoberbrief anpetan, insbesondere die Forderung nach geheimen Abstimmungen bei allen Wahlen, letzten Endes auch bei Sonjstrwahlen. Das sind ja Lösungen, die wir Menschewiki ausfüllen, ruft Dan triumphierend. Stimmt das? Wir wissen nicht, welche Lösungen die Menschewiki derzeit in Rußland ausgeben, aber wir wollen annehmen, daß Herr Dan ausnahmsweise die Wahrheit sagt:

Nebenbei: Wie Sozialdemokraten über Herrn Dan urteilen, dafür eine kleine Kostprobe: „Diese Aussprüche (über Rußland. Ann. d. Red.) Dans sind für jeden, der noch nicht von den Feinden Sonjstrwahlen betört ist, so empörend, daß sie es begreiflich machen, daß der Name Theodor Dans in vielen Wiener Betrieben neben dem Moskies genannt wird.“ (Der linke Sozialdemokrat Nr. 1)

Nehmen wir also an, Trozkyisten und Menschewiki fordern in Rußland die „geheimen Abstimmungen“. Sind sie deshalb, wie Herr Dan behauptet, identisch? Von welchem Gesichtspunkt aus, mit welchem strategischen Ziel, stellen die Menschewiki diese Forderung auf? Herr Dan beantwortet es in der klassischen Weise: „Alle diese Feststellungen (Trozky's) wurden von der russischen Sozialdemokratie längst vor Trozky gemacht und sie hat daraus auch den strategischen Schluß gezogen: wenn schon der Sieg der „bürgerlichen Ordnung“ unvermeidlich ist, so erfordert das Lebensinteresse der Arbeiterklasse, daß diese „Ordnung“ sich nicht in der staatlichen Form einer kapitalistisch-kontrevolutionären Edelvikatur festsetze, sondern in der staatlichen Form einer politischen Demokratie.“

Sieht es keine klarere Antwort? Die russischen Menschewiki fordern die „geheimen Abstimmungen“, um ihre Kohere für den unvermeidlichen Sieg der bürgerlichen Ordnung“ in der Form der bürgerlichen Demokratie zu mobilisieren? Also für kontrevolutionäre Zwecke. Die „Trozkyisten“ fordern die geheimen Abstimmungen, um auf diese Art den Versuch zu unternehmen, mit demokratischen Mitteln den Staatsbürokratismus, das ihm diktatorische Regime zurückzuführen. Die geträumten Positionen der proletarischen Diktatur zurückzuerobern, und auf diese Weise

den Sieg der bürgerlichen Ordnung zu verhindern, wobei sie keinen Zweifel darüber lassen, daß sie, wenn dieser demokratische Weg ihnen unendlich gemacht wird, wenn Stalin oder Kulkow dem Sieg der bürgerlichen Ordnung weiter Vorstrib leisten, die bürgerliche Ordnung aufzubrechen wollen, eine neue proletarische Revolution organisieren werden. Gibt es einen größeren Unterschied als zwischen der schindbar „gemeinsamen“ Forderung der Trozkyisten und der Menschewiki? Zweifellos gibt es keinen. Wer hat von „Gemeinsamkeit“ spricht, der muß auch von

Die Arbeitslosenversammlung in den Sternsälen.

Für den 15. Februar hatten wir eine Arbeitslosenversammlung in die Sternsäle einberufen. Die EV-Führer, vor allem Wohner organisierten, als sie von unserer Versammlung Kenntnis bekamen, sofort ihrerseits eine, die für denselben Tag und für dieselbe Stunde nach den Juliusäden einberufen wurde. Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür und da stellen die Arbeitslosen für den sozialdemokratischen Stimmzettel peiflosig gemacht werden. Viele Arbeitslose kümmerten sich aber nicht um die sozialdemokratische Versammlung in den Juliusäden, sondern sie kamen in die Sternsäle. Die Ausführungen des Genossen Hneißl bedient die Mägen der SB auf, die den Arbeitslosen jetzt im nachhinein verschwunden, sich für eine 2. Kohlenausgabe eingesetzt zu haben. Ergesetzt haben sich in viermaligen Gesprächen bei der Landesregierung und bei der Gemeinde unsere Vertreter. Aus Gültigkeit der Empörungsausbrüche wurde dann die 2. Kohlenausgabe bewilligt. Größere Gasflämnisse brauchten das Land und die Gemeinde nicht machen, weil die Kampffront durch die Sozialdemokraten schon zerpieltet und geschwächt w.r. Genosse Friedl berichtete, daß sich die Voitsberger Arbeitslosen unter der Führung unserer Genossen eine Kohlenbeteiligung von 300 kg erlämpft hatten. Anschaulich erzählte die Führerin der Frauendelegation, Genossin Frauwallner den Versammelten, wie dem Bürgermeister Muchitsch zugesetzt werden mußte, um von ihm die Zusage zu bekommen, daß er für eine 2. Kohlenausgabe sich einsetzen wird. Einiges Lachshaben, die Dank des korumpierenden Umflandes, daß ihnen die Briestische des „ehrenwerten“ Stalins zur Verfügung steht, imstande sind, zu greifen, waren im Saal anwesend, um zu hören. Genosse Wagner informierte davon die Versammelten. Alle Proleten haben einen Edel vor dieser Gesellschaft. Als sie sprechen wollten, empfanden das die versammelten Arbeitslosen als eine Herabwürdigung ihrer Versammlung und alle waren dagegen.

Die Versuche diese Versammlung zu beeinträchtigen scheiterten in jeder Hinsicht. Einen großen Verdienst hatten dabei die Genossen, die den Saalschutz übernommen hatten. Beschlossen wurde, bei an dauernder Kälte eine 3. Kohlenausgabe, Bekleidungsarbeiten für die Kinder, und die kostenlose Herausgabe der verletzten Winterbekleidung der Arbeitslosen zu fordern. Die Forderungen werden dem Land und der Gemeinde überreicht werden. Unangenehm war, daß der Saal schließlich geheizt und das Rauchen während der Versammlung nicht eingestellt wurde. Im Interesse der Gesundheit aller Versammlungsteilnehmer wird in Zukunft beides vermieden werden müssen.

Arbeitslose Frauen.

Eine Deputation wird zur Gemeinde entsandt, um für die Kinder in den Arbeitslosenfamilien Bekleidungs- und Beschäftigungsausshilfen zu fordern. Mütter, die an der Deputation teilnehmen wollen, sollen sofort Name und Adresse in der Verwaltung des „Mahrufes“, Elisabethnergasse, bekanntgeben.

Verbreitet den „Mahruf“!

„Gemeinsamkeit“ zwischen dem revolutionären Proletariat, das sich zu bewaffnen sucht und dem Staatismus, der sich bewaffnet, sprechen. Nicht die Waffe an sich sind es, sondern der soziale, historische Zweck, der ihrer Anwendung zu Grunde liegt, der die Revolution von der Kontrevolution scheidet.

Charles die Hanswürste vom „Arbeiterwille“, wenn sie die komödiantenbräuterei-Theorien eines Dan veröffentlichen, wird, daß sie mehr Eindruck auf das revolutionäre Proletariat von Graz machen, als einen — lächerlichen? Schluss folgt.

Aus dem Voitsberger Bergrevier.

Die Sozialdemokraten sabotieren die Kohlenausgabe an die Arbeitslosen.

Da die sozialdem. Partei sich auch im Voitsberger Revier nicht rührt, um eine Kohlenausgabe für die Arbeitslosen durchzuführen, nahm das überparteiliche Arbeitslosenkomitee unter unserer Leitung die Sache in die Hand. Auch die praktische Durchführung leitete das Komitee. Am Samstag den 16. Februar versammelten sich die Voitsberger Arbeitslosen und nahmen nach dem Bericht des Komitees folgende Resolution einstimmig an:

„Die Arbeitslosen des Bergreviers Voitsberg beürßen die Initiative des überparteilichen Arbeitslosenkomitees, welches eine allgemeine Kohlenausgabe an die Arbeitslosen und Kleinentner erlämpft hat. In dieser Zeit des Elends, des Hungers und der Kälte bedeutet dies eine keine Unterstützung unserer elenden Lage. Die Arbeitslosen verurteilen jedoch aufs schärfste die Sabotage seitens der sozialdem. Partei, welche zur technischen Durchführung den Raum im Kinderheim durch den freigewerkschaftl. Obmann R. H. H. F. rezwicigerte und auch die verständigsten unwahren Gerüchte in Umlauf setzte, um die Kohlenaktion zu verhindern. Die Versammelten verurteilen auch schärfstens das Vorgehen des Obmannes des sozialdem. Arbeitslosenkomitees, H. Reij, welcher das Mitaleid Gen. Wronsch vom überparteilichen Komitee körperlich mißhandelte, nur weil sich dieses für die Kohlenausgabe einsetzte. Die Versammelten fordern weiters, daß die Anweisung der ZBR. in Graz (siehe letzte Nummer), daß Getränke bei der herrschenden Grippe-Epidemie acht Tage von der Meldepflicht befreit werden, auch in Voitsberg durchgeführt wird, und daß die Kinder der Arbeitslosen mit Kleidern und Schuhen von den Gemeinden beteuert werden. Die Arbeitslosen fordern insbesondere auch die sofortige Einstellung der Sonntagsarbeiten in den Bergbetrieben und Aufnahme von Arbeitslosen an Stelle der Überzähligen. Sie erwarten von den Betriebsräten, daß sie nicht den Wunsch Scepels, sondern den der Arbeitslosen Klassenbrüder erfüllen. Die Arbeitslosen sind bereit, das Arbeitslosenkomitee zur Erreichung dieser Forderungen zu unterstützen.“

19 Tage im Hungerstreik.

Dobreganu Ghera, fahrend in der kommunistischen Bewegung Rumaniens, wurde zu acht Jahren Kerker wegen „Gefährdung der Staatsordnung“ verurteilt. Er trat in den Hunger- und Durststreik und erklärte, solange keine Nahrung und kein Wasser zu nehmen, bis er freigelassen werde oder im Kerker sterbe.

Lohnraub in der Andriker Maschinenfabrik.

Als Antwort auf eine empfindliche Arbeitslosigkeit, verließen die Arbeiter nach der Andrikerung der Drektion, daß sie geben sollen, die unter den gekürzten Sätzen nicht arbeiten wollen, den Arbeit. Wie wir erfahren, wollen die leitendsten Lohnrüder nach Andriker tendem. Verjagt die Lohnraub wenn sie austauschen!

Sam 10. Parteitag der Kommun. Partei Österreichs.

Am 16. und 17. Februar hat in Wien der 10. Parteitag der Kommun. Partei Österreichs stattgefunden. Er hat — gegen 2 Stimmen — die Aufstellungen der Mehrheit des Zentralkomitees gebilligt. Die Minderheit wird als „sozialdemokratisch“, „opportunistisch“ usw. verdammt.

Die Diskussion, die durch mehr als zwei Monate dem Parteitag vorangegangen ist, hat interessante Aufschlüsse gegeben. Über die Mehrheit ist nicht viel zu sagen. Sie wiederholte kläglich alles, was anzuerkennen durch die subventionierte Disziplin dem ÖK gegenüber geboten erschien. Nicht ein selbständiger Gedanke spricht aus ihren Thesen, Resolutionen und Artikeln. Nicht der Hauch eines Versuches wird sichtbar, an die grundlegenden Probleme des österreichischen Kommunismus mit den Waffen des Marxismus heranzutreten. Hat Lenin uns gelehrt, aus unseren eigenen Fehlern zu lernen, so weiß es die Mehrheit des ÖK besser: sie verschweigt die Fehler, vertuscht die Niederlagen der Partei und ihrer Mehrheit. Das letzte Mittel ist das Prügelknabensystem, das Verantwortlichmachen der vier Genossen der Minderheit des ÖK für die „Schwächen der Partei“. Was soll man zu „Revolutionären“ sagen, die, unbeschwert von Theorie und Gewissen, voll fröhlicher Einfalt über „ihre“ künftige Streikstrategie plauschen, über ihre „erfolgreiche“ Gewerkschaftsarbeit phantastieren und es als „liquidatorisch“ bezeichnen, wenn man ihnen vorhält, daß in den Betrieben und Gewerkschaften, bei den Arbeitern und Arbeitslosen ihr Einfluß in katastrophaler Weise gesunken ist?

An Stelle der gewissenhaften Analyse der Lage in Österreich setzen die Theoretiker der Mehrheit ihre Wünsche. Und dabei vergessen Sie nur, daß, ebenso vorherbestimmt, mit den gleichen pompösen Phrasen, mit ebenbürtiger Selbstgefälligkeit der 9. Parteitag seine Thesen beschloß, Thesen, die im schärfsten Widerspruch zu denen des 10. Parteitages stehen. Aber die raube Wirklichkeit des 15. Juli, die Berichterstattung der Klassenkämpfe ist über Thesen und Führer, hervorgegangen als „echte Leninisten“ am 9. Parteitag, zur Tagesordnung hinweggegangen. Was wird das Schicksal der Thesen und „Führer“ des 10. Parteitages sein?

Wenn heute die Mehrheitsler feststellen, die Linksentwicklung der Arbeiterchaft schreite stürmisch seit dem 15. Juli vorwärts, unter den Unorganisierten wären die besten und klassenbewußtesten Arbeiter, so hat das nichts mit einer Analyse der Wirklichkeit zu tun. Jeder, der mit der österreichischen Arbeiterklasse verurzelt ist und nicht sportswäßig oder als abenteuerlicher Handelsagent in „Politik“ macht, weiß, daß von einer stürmischen Linksrückung der Massen nicht gesprochen werden kann, sondern daß sich ein zweiseitiger Prozeß in den Tiefen der Massen vollzieht: eine gewisse Radikalisierung der Massen, tastend, schwankend, nicht frei von Zirkulationen, und ein weit stärkeres Auftreten von Passivität und Verzweiflungsstimmungen; von dieser Seite — der „Weißbraun“-Stimmung — droht eine sehr ernste Gefahr.

(Schluß folgt)

Heimwehverbandung in Mödling gesprengt.

Die Heimwehverbände hatten für den 14. d. eine Versammlung in Mödling einberufen. Einige Hundert Arbeiter besetzten den Saal. Als die Geschäftsverhandlungen mit Spaten, Pflöcken und Baumstämme ausbrachen, ergrieff die Arbeiterchaft Empörung und sie jagten die Räuber davon.

SAMMELT RECHNET ZEICHNET **Wahlfond** RASCH AB

Sonntagschichten und Heberschichten im Bergbau, anstatt Arbeitslose anzustellen.

Der Bundesminister für Handel und Gewerbe hat den Bergarbeiterverband ersucht zuzustimmen, daß bis 17. März Sonntagschichten gemacht werden. Der Bergarbeiterverband anstatt jede Sonntagschicht abzulehnen und die Einstellung Arbeitsloser zu fordern, hat für eine Sonntagschicht am 24. Februar zugestimmt.

Die Invaliden fordern Kohle vom Land.

Die unpolitische Landesvereinigung Burggasse 4 hat die Landesregierung aufgefordert, an die Invaliden Kohle und Holz anzugeben. Das Land muß diese Forderungen erfüllen. Ob sie sich ohne Kampf dazu bequem, bezweifeln wir.

Die Hausgeier werden immer frecher.

Franz Logaritsch, Hausbesitzer, Wienengasse 34, ist beim Mieterrecht Weiß in die Schule gegangen und hat schon „christliche“ Tugend von ihm erlernt. Vom Mieter Pengl verlangte er 500 S Abfälle und ekelte ihn mit allen Schikanen wieder hinaus. Der nächstfolgende Mieter Reiz mußte ebenfalls wieder 500 S blechen und obendrein 25 S Miete bezahlen. Der Hausbesitzer und Bahnangestellte F. Ströwey ist sein gefügiges Werkzeug, welcher mithilft, die Mieter auszumurgen. Zur Rechtsabfuhr verlangte er 25 S bei einer 4stündigen Arbeitsdauer, obwohl es andere um den halben Betrag gemacht hätten. Man steht, der Mensch versteht es, aus Dreck Gold zu machen. Herr Logaritsch, ein zugelaufener, ausländischer Hausbesitzer, sieht seine Mieter für Rekruten und seine Hütte für eine Kaserne an. In seiner Frechheit und Arroganz verlangt er, daß die Mietparteien alle vierzehn Tage die Wohnungen offen lassen, auch wenn die Wohnparteien nicht zu Hause sind, damit er die Wohnungen „inspizieren“ kann. Seine Tochter schikaniert die Parteien auf andere Art. Anlässlich der großen Kälte ließ sie absichtlich alle Türen und Fenster der Aborte und Gänge offen, damit die Wohnparteien die Reparaturen der zugeworfenen Leitungen zu zahlen haben. Alle diese Schikanen haben nur den Zweck, höhere Mietzinsen für den Hausbesitzer und sein hochträgliches Dämchen zu erpressen. Der Hausbesitzer und Bahnangestellte Ströwey leistet dafür Judasdienste. Ein feines Kleeblatt!

Die Geschichten aus Ligit

werden den Heimwehverbänden „Graf“ Göß und Konforten noch teurer zu keh'n kommen.

Wie bereits mitgeteilt, wurde Gen. Pfeissl wegen des Artikels „Geschichten aus Ligit“, der in Nummer 3 dieses Jahrganges zu lesen war, zu 50 S oder 10 Tage Arrest verurteilt, nicht weil der Artikel nicht der Wahrheit entspricht, sondern da nach Ansicht des Richters die damaligen Kläger Pfarzer Simpel und seine Freundin Doswald durch ihre Beziehungen zu „Unterröderbrum“ dem öffentlichen Spott (O, wie bedauerlich!) ausgesetzt waren. Heimwehverbände „Graf“ Göß, Dr. Saurug und Jesuitenkaplan Tropper, die in den Ligit-Geschichten annalen nicht zu kurz kamen, dachten sich, wenn Simpel zum Kadi läuft, laufen wir auch. Am 18. d. M. war die Verhandlung. Gen. Pfeissl konnte wegen des Artikels ein zweitesmal nicht verurteilt werden. Die Rechtsanwälte der Heimwehverbände meldeten trotzdem Verurteilung an. Das freut uns, denn Göß, Saurug und Tropper werden die Kosten der Verurteilungshandlung und damit's auch hi, auch den Rechtsanwalts des Gen. Pfeissl zahlen, rund zehn Markdöcher! Die Sachverständigen von Haast und Ungarung können sich geizig machen, denn Pfeissl wird's laute Worteln geben.

Max und Moriz.

Max: „Du bist noch in Graz? Ich hab glaubt, du hams verboten?“

Moriz: „Sie möchten schon, aber sie können mi net verbieten!“

Max: „Warum net?“

Moriz: „Ich bin arbeitslos!“

Max: „A so — —!“

Max: „Warum hast Du gestern die Heimwehverbände g'solln lassen?“

Moriz: „Weil i za Zeit ghobt hob . . .!“

Max: „Ra Zeit — —?“

Moriz: „Er war g'schwinder. Er hot mir die geistigen Waffen net austrama lassen . . .!“

Max: „A so — —!“

Verschiedenes.

In der Newyorker Untergrubbahn geriet ein vollbesetzter Zug durch Kurzschluss in Brand. 300 Personen wurden verletzt.

Stand der Arbeitslosigkeit in Steiermark. Am 31. Jänner standen 28.666 im Bezug der Unterstützung und 33.503 waren zur Unterstützung vorgemerkt.

Ein Irrenspital in Tokio geriet in Brand. 11 Kranke verbrannten bei lebendigen Leib.

400 Newyorker Arbeiter wurden verhaftet, da der Aufforderung der Polizei, einen Demonstrationzug aufzulösen, nicht Folge geleistet wurde.

Eis in der libyschen Wüste. Nach einem Regen bedeckte sich die libysche Wüste zwischen Masaku und der Dase Gime mit Eis. Soweit ist die Kältemesse vorgebrungen.

Der Betrieb in den Steyrwerken wurde Dienstag, nach Überwindung des Kohlenmangels, wieder aufgenommen.

Das Schwänzlein.

Am 14. Februar besetzte Herr Schober das Parteihaus der S.P. Am 15. Februar morgens erfuhr die Arbeiterchaft in den Betrieben von dieser alles übersteigenden Provokation. Ein einziger Betrieb, Brown Boral, legte zum Protest für 10 Minuten die Arbeit nieder. Was aber machte die Zentrale der Komm. Partei? Gab sie Parolen heraus, rief sie zu einer Protestaktion auf, gingen die wenigen Betriebe, in denen sie Einfluß hat, irgendwie beispielgebend voran? Ich wor, gewohnt als Schwanz der S.P. einherzuzappeln, vergaß das Schwänzlein diesmal seine eigene Existenz, und gab überhaupt keine Parolen heraus.

Parteinachrichten.

Graz.

Achtung, Parteigenossen und Abonnenten!

Die Ausschreibung der Gemeinderatswahl erfolgt. Wir ersuchen alle Mitglieder und Abonnenten, mit ihren wahlberechtigten Angehörigen in der Verwaltung des „Wahnrates“, Elisabethengasse 20, in der Zeit von 10—12 und 4—7 Uhr zu erscheinen, um den Wahlvorschlag zu unterschreiben. — Erscheint unentgeltlich und reich, damit dieser rechtzeitig eingereicht werden kann.

Montag den 25. Februar, halb 8 Uhr abends: Vertrauensmänner-Konferenz. Alle pünktlich erscheinen!

Der Referentenrat

findet jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends und jeden Sonntag um halb 10 Uhr voruntags statt. Pünktlicher erscheinen als hoch!

Nicht aufgenommen wird in unsere Reihen A. E. B. Franz, der sich verschiedene unpolitische Handlungen zuschulden kommen ließ.

Genossen! Greift den Kolportieren

bei der Arbeit. Sie lesen Übermensliches in dieser Kälte. Seid bereit für eine halbe Stunde abzugehen, damit sie sich wärmen können. Weibet euch für den Abstoßener bei Gen. Koch.

Wien.

Arbeiter-Bildungsverein „Marx-Lenin“.

Mittwoch, den 27. Februar, halb 8 Uhr abends, 9. Stg. Logaritsch, 2. Gasthaus Rimmrichter, 1. Vortrag des 3. Heftes „Bilder aus unserer Revolution“. In der Etappe des Überwindens! Redent Gen. A. Laubau. Freie Diskussion! Warte willkommen!